

SPD Landesverbandes Brandenburg

## Landesparteitag 2008

am 31. August 2008

in Königs Wusterhausen

# Beschluss-Heft

## Starke Kommunen, starkes Land.

### Für eine starke Sozialdemokratie am 28. September 2008.

Heute wird deutlicher denn je: Die Erneuerung aus eigener Kraft gelingt. Unser Land ist in Bewegung. Die Wirtschaft wächst, neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir Brandenburger haben in den vergangenen Jahren viel geschafft, es bleibt aber noch viel zu tun:

- Wir setzen uns für gute Arbeit ein. Die Arbeitslosigkeit ist seit 2005 im Land um über ein Drittel zurückgegangen, das ist der niedrigste Stand seit zwölf Jahren. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs wächst wie nirgendwo sonst in Deutschland. Wir stärken unsere Unternehmen weiter, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, damit jeder von seiner Hände Arbeit auch leben kann. Wir haben die Wirtschaftsförderung umgestellt und Bürokratie abgebaut.
- Gute Bildung für alle ist uns wichtig. Wir wollen mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und dass jedes Kind frühzeitig nach seiner individuellen Leistungsfähigkeit gefördert wird. Wir werden die Qualität der Kitas und Schulen weiter verbessern. Deshalb haben wir Sprachstandsmessungen und Sprachförderung in den Kitas eingeführt. Mit dem neuen Schuljahr verfügen die Schulen über einen Schulsozialfonds, der insbesondere Geringverdiener unterstützt. Überall im Land entstehen Ganztagschulen.
- Wir wollen ein kinder- und familienfreundliches Brandenburg. Wir werden unsere Familien weiter stärken, damit kein Kind – gleich welcher Herkunft – auf der Strecke bleibt oder schon in jungen Jahren soziale Ausgrenzung erfahren muss. Wir sorgen mit unserer Familienpolitik dafür, dass alle Kinder die Chance auf sozialen Aufstieg haben. In keinem anderen ostdeutschen Bundesland gibt es so viele „Lokale Bündnisse für Familie“. Die Brandenburger „Netzwerke Gesunde Kinder“ sind bundesweit anerkannt und helfen jungen Familien ganz konkret.
- Brandenburg ist ein Land für Talente, die in einem Klima der Weltoffenheit und Toleranz leben wollen. Rechtsextremismus gefährdet unser Land auf diesem Weg.

Deshalb bekämpfen wir ihn mit aller Kraft. Rechtsextremisten bewegen sich weit außerhalb des demokratischen Meinungsspektrums. Ihre Denk- und Verhaltensmuster verstoßen gegen die Menschenwürde. Es verbietet sich daher, sich mit Rechtsextremisten auf gleicher Augenhöhe wie mit Demokraten auseinander zu setzen, ganz egal, wie zahm oder demokratisch sie sich nach außen geben mögen. Nur eine starke Demokratie kann erfolgreich die Rechtsextremisten bekämpfen - deshalb ist es wichtig, dass jeder am 28. September seine Stimme abgibt.

- Wir stehen für eine solide Finanzpolitik. 2007 hat das Land zum ersten Mal keine neuen Schulden aufgenommen – das entlastet zukünftige Generationen. Die Kommunen profitieren vom wirtschaftlichen Aufschwung, gegenüber 2004 sind ihre Einnahmen von 3,5 Milliarden Euro auf 4,6 Milliarden Euro 2008 gestiegen. So können die Kommunen mehr Geld investieren und die lokale Wirtschaft unterstützen.
- Wir sind die Partei des ganzen Landes. Wir wollen, dass jedes Kind unabhängig vom Wohnort über vergleichbare Chancen auf Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe verfügt. Wir stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse, ob in der Stadt oder auf dem Land, ob im Berliner Umland oder in den äußeren Regionen des Landes. Dabei gilt das Prinzip „Starke Schultern können mehr tragen als schwache“ – deshalb stehen wir für einen solidarischen kommunalen Finanzausgleich, der garantiert, dass die Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung überall im Land spürbar sind.

Wir sind die soziale Kraft. Sozialdemokraten setzen sich auf allen Ebenen für Aufstieg und Gerechtigkeit ein – ob im Bund, im Land oder in der Kommune. Demokratie lebt vom Mitmachen. Allein zu den Kreistagswahlen treten über 1.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an, um Verantwortung vor Ort zu übernehmen. Darunter sind viele „alte Hasen“, aber auch junge Menschen, die erstmals Verantwortung für ihre Heimat übernehmen wollen. Ein gemeinsames Ziel haben sie alle: Sie wollen unsere Städte, Dörfer und Kreise noch lebenswerter machen.

Seit 19 Jahren trägt die SPD Verantwortung für Brandenburg, im Land und in vielen Kommunen und Kreisen. Das waren gute Jahre für Brandenburg. Unsere Bitte an die Brandenburgerinnen und Brandenburger: Gehen Sie am 28. September 2008 zur Wahl und wählen Sie mit Ihren 3 Stimmen SPD!

## Stärkung der Wirtschaft im ländlichen Raum

Die Landesregierung Brandenburg wird aufgefordert den Unternehmen und Bürgern in den ländlichen Räumen gleiche Zugangsbedingungen zu einem schnellen Internet zu gewährleisten. Speziell Unternehmen haben schon durch die schwierige Lage in der Peripherie Wettbewerbsnachteile und können sie nicht durch notwendige neue Kommunikationsmittel kompensieren.

## **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns**

Angesichts der elementaren Bedeutung eines Mindestlohns für Frauen und des erstarkten Widerstandes der Wirtschaft ist es erforderlich, die Forderungen zu bekräftigen und zu konkretisieren. Darüber hinaus macht das Urteil des EuGH vom 3. April 2008 deutlich, dass eine schnelle und flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bzw. allgemeinverbindlicher Mindestlohn-Tarifverträge unabdingbar ist.

## **Angleichung der Rentenberechnungssysteme**

Der SPD-Landesverband Brandenburg und die Landesregierung Brandenburg werden aufgefordert, sich für folgende rentenpolitische Forderung im Rahmen einer Gesamtstrategie zur Renten- und Alterssicherung einzusetzen:

1. Die unterschiedlichen Rentenberechnungssysteme in Ost- und Westdeutschland nach einem geeigneten Angleichungsverfahren zu vereinheitlichen.

## **Lernen und Lehren gelingt nur vor Ort - Schulen in größerer Selbständigkeit kommunal verankern.**

Brandenburg hat durch den inzwischen breitenwirksamen Modellversuch zur Stärkung der Selbständigkeit von Schulen (MoSeS) wertvolle Erfahrungen gewonnen. Wir fordern als AfB, die ermutigenden Resultate des Modellversuchs in eine flächendeckende Ausweitung selbständiger Schulen in rechenschaftspflichtiger Verantwortung für das Land Brandenburg umzusetzen. Dabei ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass wirksame Schul- und Unterrichtsentwicklung substantielle Entfaltungsräume insbesondere in den Bereichen Personalentwicklung, Budgetierung und der – letztlich nur vor Ort identifizierbaren – Ressourcenverfügung für die Fort- und Weiterbildung sowie für Unterstützungs-, Beratungs-, und Serviceleistungen braucht.

Weiterhin fordern wir, dass das bewährte Prinzip der kommunalen Selbstverantwortung um eine deutlich stärkere Einbindung der Schulen ergänzt wird. Die Landesebene sollte sich auf die Wahrung der landesweiten Vergleichbarkeit der Bildungsverhältnisse konzentrieren, grundlegende Standards setzen und fördern, wo vielversprechende Ansätze sichtbar werden und helfen, wo Eigenhilfe nicht hinreicht.

Die AfB fordert die Landesregierung auf, mit kommunalen Entscheidungsträgern eine entsprechende Modellregion aufzubauen.

## CO<sub>2</sub> – Abscheidung

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Erschließung neuer Tagebaue in der Lausitz nur dann genehmigt wird, wenn sichergestellt ist, dass die abgebaute Braunkohle in Kraftwerken mit sicherer und wirksamer CCS-Technologie (Abtrennung und Einlagerung von CO<sub>2</sub>) oder einer vergleichbar wirksamen Technologie eingesetzt wird.

## Schließung von Callcentern der Deutschen Telekom AG

Der Landesparteitag der Brandenburger SPD fordert die Mitglieder der SPD im Deutschen Bundestag, in der Bundesregierung, im Landtag und der Landesregierung auf, sich gegenüber der Deutschen Telekom AG dafür einzusetzen, dass die geplante Standortschließung in Potsdam nicht realisiert wird und dadurch etwa 140 Arbeitsplätze, überwiegend zu Lasten von Frauen und Teilzeitbeschäftigten, vernichtet werden.

Die angebotenen Ersatzarbeitsplätze werden sich in Magdeburg befinden. Hiervon sind überwiegend Frauen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Teilzeitarbeitsplätzen betroffen. Diesen Beschäftigten ist auf Grund ihrer familiären Situation als Alleinerziehende und Alleinverdiener ein Wechsel nicht immer möglich. Offensichtlich soll durch diese Maßnahme eine große Zahl der zum Teil schon lange Beschäftigten aus dem Unternehmen herausgedrängt werden, um dann Neueinstellungen zu erheblich schlechteren Arbeits- und Einkommensbedingungen vornehmen zu können. Dies wird dann in der Öffentlichkeit als Schaffung neuer Arbeitsplätze bezeichnet. Es besteht zudem die Gefahr, dass durch diese Maßnahmen auch bis zu 300 Ausbildungsplätze in der Region wegfallen können. Diese menschenverachtende Politik der Geschäftsführung der Deutschen Telekom AG muss gestoppt werden.

SPD-Landesparteitag am 31. August 2008 in Königs Wusterhausen  
Beschlussfassung Antrag O1

## Satzungsänderung

Der § 14 (1) wird wie folgt geändert:

Der Landesvorstand besteht aus dem/der Landesvorsitzenden, zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden, dem/der Generalsekretärin, dem/der Kassierer/in, 10 Beisitzern/innen [...].“

Die Abs. (2) und (3) werden sinngemäß geändert.